

einen weiten Bereich unbezahlter Arbeiten. Gerade letztere sind oft gesellschaftlich notwendig (z. B. Hausarbeit, Kindererziehung, soziale Initiativen und ehrenamtliche Aufgaben) und für den einzelnen erfüllend. Der Zwang, durch Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt zu sichern, schränkt den Spielraum für solche unbezahlte Tätigkeiten erheblich ein. Ein allgemeines Recht auf Einkommen, das die Grundbedürfnisse decken würde, könnte hierfür mehr Freiraum schaffen, wenn auch nicht das Recht auf Arbeit ersetzen.

Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen bleibt das Recht auf Arbeit unverzichtbar, da heute für den größten Teil der Bevölkerung allein Erwerbsarbeit materiellen Wohlstand und soziale Anerkennung sichert.

Das Recht auf Arbeit ist somit im Sinnzusammenhang einer ganzheitlich verstandenen sozialen Existenz des Menschen zu sehen und als ein Menschenrecht neben und zusammen mit anderen einzufordern.

## Klaus Lang Arbeit und Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Gewerkschaften

*Im folgenden beschreibt K. Lang zunächst die Folgen der starken Arbeitslosigkeit in unseren Industriegesellschaften. Als Vertreter der Arbeitnehmerseite setzt er den konservativen, stärker am freien Wettbewerb und am Unternehmensgewinn orientierten Wirtschaftsstrategien die Perspektiven der Gewerkschaften gegenüber. Diese sehen mehr demokratische Mitbestimmung und Steuerung sowie die Förderung eines qualitativen Wachstums und eine befriedigende Gestaltung der einzelnen Arbeitsplätze vor. Eine der wichtigsten Zielsetzungen, für die sich auch die Kirchen einsetzen (und noch stärker einsetzen sollten), ist der Abbau der Arbeitslosigkeit und das Teilen von Arbeit und Einkommen in einem möglichst hohen Ausmaß. red*

### 1. Von der Arbeits- zur Arbeitslosen- gesellschaft?

Massenarbeitslosigkeit bestimmt die sozial- und innenpolitische Situation in allen Industrienationen seit mehr als einem Jahrzehnt – und ein Ende ist keineswegs abzusehen. Diese Massenarbeitslosigkeit hat nicht nur zum Teil verheerende Folgen für die unmittelbar Betroffenen und ihre Familien, sondern sie verändert das Gesicht der Gesellschaft und ist Grundlage für die Durchsetzung politisch-sozialer Rückschritte von großer Reichweite. Wenn hier von der Gefahr der „Arbeitslosen-Gesellschaft“ die Rede ist, dann nicht nur in einem quantitati-

## Situation und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

## Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen

## Politisch-soziale Wirkungen der Arbeitslosigkeit

ven Sinn – auch wenn die Arbeitslosigkeit bei der Fortschreibung derzeitiger Politik weiter zunehmen wird –, sondern vor allem auch in einem qualitativen Sinn, da die ständige Arbeitslosigkeit das soziale und demokratische Gemeinwesen zum Teil unmerklich, aber nachhaltig bis hin zu seiner Unkenntlichkeit zu verändern droht.

In der Bundesrepublik Deutschland sind heute knapp 2,3 Millionen Arbeitslose registriert. Etwa weitere 1,3 Millionen werden der „stillen Reserve“ zugerechnet, so daß wir eine tatsächliche Arbeitslosigkeit von über 3,5 Millionen haben. In den andern Industrieländern des Westens einschließlich USA und Japan schaut es nicht viel besser aus. In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft gibt es über 15 Millionen Arbeitslose, in den westlichen Industrienationen fast 40 Millionen. Der Trend ist steigend, zum Beispiel auch in Japan, das lange Zeit von Arbeitslosigkeit verschont zu sein schien (ca. 6% Arbeitslosigkeit nach vergleichbaren Berechnungsmethoden).

Diese anhaltend hohe und zum Teil steigende Massenarbeitslosigkeit geht nicht Hand in Hand mit wirtschaftlicher Depression, sondern ist in einer Phase weltwirtschaftlichen Aufschwungs während der letzten fünf Jahre kontinuierlich gewachsen. Immer reicher werdende Gesellschaften leisten sich immer mehr Arbeitslose und damit auch neue Armut, zumindest in einem relativen, auf die Industrieländer selbst bezogenen Sinn.

Nach wie vor ist die Studie von Maria Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel „Die Arbeitslosen von Marienthal“ die anschaulichste und beklemmendste Beschreibung der Folgen von Arbeitslosigkeit für die davon Betroffenen und für das gesamte Gemeinwesen.

Ähnliche Phänomene lassen sich auch heute wiedererkennen, zum Beispiel in bestimmten Teilen des Ruhrgebietes, in Ostfriesland (Norddeutschland) mit registrierten Arbeitslosenraten von weit über 20 Prozent, in der Oberpfalz (Bayern), aber sicherlich auch in den vergleichbaren Problemregionen, z. B. des steirischen Mur- und Mürztales in Österreich.

Arbeitslosigkeit trifft nicht alle in gleicher Weise. Frauen, Ausländer, Jugendliche und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind besondere Problemgruppen. Langzeitarbeitslose (fast 800.000 von den 2,3 Mill. registrierten Arbeitslosen in der Bundesrepublik), die länger als ein Jahr arbeitslos sind, stellen besondere Problemgruppen dar.

Steigende Kriminalität und Drogenabhängigkeit unter Jugendlichen, Rückschläge bei der praktischen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, zunehmende

Ausländerfeindlichkeit bis hin zu manifestem Ausländerhaß, dies sind alles Tendenzen, die auch in der Massenarbeitslosigkeit einen fruchtbaren Nährboden haben. Das Schlimmste aber: Die „neuen“ Rezepte zur angeblichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit drohen die Zerstörung und Veränderung des sozial-staatlichen Gleichgewichts zur Folge zu haben.

## 2. Konservative Strategien

Gerade auf dem Hintergrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit haben in allen westeuropäischen Ländern, aber auch in den USA, konservative Strategien, die traditionelles wirtschaftliches Wachstum anzukurbeln und damit die Arbeitslosigkeit zu beseitigen versprochen, Hochkonjunktur. Max Frisch nennt diese Politik am Beispiel des Reaganismus in den USA den „Aufstand der Reichen gegen die Armen“. Dieser Aufstand hat mittlerweile in Großbritannien Platz gegriffen, versucht sich in Frankreich durchzusetzen und prägt zunehmend auch die Politik in der Bundesrepublik Deutschland und zum Teil auch in Österreich.

## Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes

Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes steht bei dieser Politik an erster Stelle. Sie bestehen vor allem darin, den unternehmerischen Gewinnerwartungen freien Raum zu lassen, weil durch neue Produkte und Märkte neue Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Die angeblich positiven Wirkungen dieser Politik für Beschäftigung sind längst widerlegt, am Beispiel Großbritanniens ebenso wie an dem der Bundesrepublik Deutschland. Steigende Gewinne in einem gnadenlosen und zum Teil ruinösen Konkurrenzkampf der Einzelunternehmen und Konzerne haben nicht mehr Beschäftigung zur Folge, sondern weniger Beschäftigung zur Voraussetzung. Die fortwährenden Rationalisierungsprozesse, denen der größte Teil der angeblich Arbeitsplätze schaffenden Investitionen gilt, haben immer die Senkung der Lohnkosten und damit den Abbau von Arbeitsplätzen als ein ganz entscheidendes Ziel.

## Forcierte technische Modernisierung

Mit einem technischen Modernisierungsprogramm sollen jene neuen Produkte und Märkte gefunden werden, die letztendlich auch Arbeit schaffen sollen. Allerdings übersieht dieses Konzept, daß ein großer Teil der technischen Modernisierung in die Prozeßinnovation geht und damit direkt arbeitsplatzgefährdend oder -vernichtend wirkt, ein anderer Teil in höchst problematische technische Entwicklungslinien führt, zum Beispiel Atomtechnik und Gentechnik. Sicher bedarf es auch des gezielten Einsatzes von Technik, um zum Beispiel weltweite Umwelt- oder Ernährungsprobleme zu lösen. Aber sich von technischer Innovation automatisch eine Verbesserung der Beschäfti-

### Deregulierung und Flexibilisierung

gung oder gar eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu versprechen, ist durch die Erfahrungen der Vergangenheit eindeutig widerlegt.

Die Deregulierung und Flexibilisierung sämtlicher Arbeits- und Sozialverhältnisse will in bezug auf menschliche Arbeit und arbeitende Menschen „Marktradikalität“ durchsetzen. Dahinter steht die Annahme, daß gerade die sozial-staatliche „Fesselung“ des Kapitalismus insgesamt, des Arbeitsmarktes insbesondere, die Ursache für Arbeitslosigkeit und Beschäftigungskrise sei. Der staatlichen und tariflichen Deregulierungspolitik geht es darum, den Arbeitsmarkt eben zu einem Markt wie jeder andere, zu einem Markt „wie der für Bananen“ werden zu lassen, wie es einer der konservativen Politikberater einmal formulierte. Die „Ware Arbeitskraft“ soll offen als das behandelt werden, was sie in einer kapitalistischen Gesellschaft vom Grundsatz her immer ist.

Allerdings vermochte eine auf diesen Prinzipien beruhende Politik bis heute in keinem der westlichen Industrieländer das Problem der Arbeitslosigkeit zu verringern oder gar zu beseitigen. Hier hat die politische Ökonomie des Neo-Konservatismus eindeutig versagt.

### 3. Gewerkschaftliche Alternative: die demokratische Arbeitsgesellschaft

Konservative Bewältigungsstrategien versagen angesichts der Beschäftigungs-(und der Umwelt-)Krise deshalb, weil sie von einer falschen Sicht der Ursachen der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise ausgehen. Nicht übertriebene sozial-staatliche Fesselung und Anspruchsdenken der arbeitenden Menschen, nicht zu geringe Freiheit unternehmerischer Entscheidungen und zu große Belastungen des Kapitals, sondern die grundlegend falsche Verteilung von Arbeit und Einkommen, die fehlende gesamtwirtschaftliche Verantwortung und gesamtgesellschaftliche Kontrolle über den Wirtschaftsprozeß sind die Ursachen eines „jobless-growth“, der Verschärfung des Widerspruchs zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum, der scheinbaren Naturwüchsigkeit der Massenarbeitslosigkeit auf Jahre oder gar auf Jahrzehnte hinaus.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat schon vor einem Jahrzehnt ein Programm zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung vorgelegt, das in seinen Eckpunkten heute noch Gültigkeit hat. Es zielt auf

- a) qualitative Wachstumsförderung und demokratische Wachstums- und Wirtschaftssteuerung;
- b) stetige Arbeitszeitverkürzung;
- c) soziale Steuerung der Produktivitätsentwicklung in den Betrieben.

a) Förderung qualitativen Wachstums und demokratische Steuerung der Wirtschaft

Diese beiden Punkte gehören deshalb unabdingbar zusammen, weil nur bei einer Demokratisierung der wirtschaftlichen Steuerungsprozesse gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Zielsetzungen anstelle privater Profitmaximierung bei den Entscheidungen über Produktion, Investition und Arbeitsplätze zum Tragen kommen können.

Elemente dieses Konzepts sind einmal eine beschäftigungsorientierte staatliche Wirtschaftspolitik, die sowohl eine regionale als auch eine sektorale vorausschauende Strukturpolitik umfaßt. Wichtig wäre, daß sich die Gewerkschaften, die Unternehmer und die öffentliche Seite (Staat, Länder, Gemeinden) frühzeitig zusammensetzen, um gleichberechtigt über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzelner Regionen und einzelner Branchen zu beraten und zu entscheiden. Die Notwendigkeit eines solch demokratischen Prozesses wird besonders auffällig am Beispiel von Krisen in Regionen (und Branchen), die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind. Die IG Metall fordert zum Beispiel deswegen schon seit langem Branchenausschüsse in solchen Bereichen, die die Aufgabe hätten, frühzeitig und gemeinsam ein zukunftsorientiertes Produktions-, Qualifikations- und Sozialprogramm zu erarbeiten. Erste Ansätze konnten in einzelnen Bereichen durchgesetzt werden, zum Beispiel bei der Firma Grundig (Nürnberg) ein „Beschäftigungsplan statt eines Sozialplanes“. Für die Eisen- und Stahlindustrie fordert die IG Metall Beschäftigungsgesellschaften in der Verantwortung der Stahlkonzerne, die über Jahrzehnte hinweg mit der Stahlerzeugung hohe Gewinne machten und die ganze Regionen in ihrem Interesse ausbeuteten. Zu integrieren wären hier auch betriebliche und gewerkschaftliche Arbeitskreise „Alternative Produktion“, wie sie heute zum Teil erfolgreich im Bereich der Werften agieren.

Gesellschaftlichen Bedarf nicht nur im Bereich humaner und sozialer Dienstleistungen, sondern gerade auch im Bereich herkömmlicher Produktion gibt es genug. Dies beginnt beim Wohnungsbau und bei der Wohnungsanierung, geht weiter über die Stadtsanierung hin zum Gesamtbereich von Energie- und Umwelttechnik auf der Grundlage neuer Anforderungen an Lebens- und Umweltqualität. Wenn es den Werthaltungen, den Bedürfnissen und dem Bedarf der Menschen entspricht, sind Verfahren, Techniken und Produkte in diesem Bereich genauso produktiv absetzbar, national und international konkurrenzfähig wie die herkömmlichen Güter Auto, Haushaltsgeräte, Energieanlagen, Werkzeugmaschinen und ähnliches mehr.

## Am Beispiel der Automobilindustrie

Ein zentrales Beispiel, wo heute schon solche vorausschauende Strukturpolitik anstelle absehbarer ruinöser Konkurrenz wichtig wäre, ist die Automobilindustrie. Weltweit wurden und werden in der Automobilindustrie seit knapp einem Jahrzehnt gigantische Überkapazitäten an hochmodernen und damit entsprechend produktiven Produktionsanlagen aufgebaut. Selbst bei gleichbleibendem Automobilabsatz, zum Beispiel in der Bundesrepublik, wird die gleiche Stückzahl an Autos aufgrund von Automatisierung und Rationalisierung in wenigen Jahren mit 20 bis 25 Prozent weniger Arbeitskräften herzustellen sein. Die Beschäftigungskrise der Automobilindustrie ist also vorprogrammiert. Aber bis sie offenkundig wird, werden vermutlich die Automobilhersteller – ähnlich wie in der Stahlindustrie – versuchen, in einem ruinösen Vernichtungswettbewerb Marktanteile zu halten und auszuweiten und Konkurrenten zu verdrängen. Die aus Konkurrenzgründen angeblich notwendige Verschlechterung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für die Beschäftigten in diesem Bereich wird Teil dieser Konkurrenzstrategie sein. Am Ende werden aber dann nicht nur schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern auch verlorene Arbeitsplätze stehen, und dann wird der Ruf nach dem Staat und der Verantwortung der Gesellschaft für Arbeitsplätze kommen, um die sozial schädlichen Folgen solcher Strategie letztendlich vollends auf die Allgemeinheit abzuladen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß der ökonomische Sektor und die Entscheidungen über Investitionen, Produktionen und Arbeitsplätze weder dem Einzelunternehmen allein noch insgesamt der Kapitalseite allein überlassen werden dürfen.

Eine zukunftsorientierte Politik der Förderung qualitativen Wachstums in Sektoren gesellschaftlichen Bedarfs bei größtmöglicher Schonung von Ressourcen scheint also machbar, wenn gleichzeitig die Steuerungsprozesse vergesellschaftet und demokratisiert werden.

### b) Verkürzung der Arbeitszeit

Allerdings wird gerade unter den genannten Bedingungen das erstrebenswerte und erreichbare Wachstum ganz sicherlich nicht ausreichen, um bei unveränderter Arbeitszeit für alle Menschen, die arbeiten wollen, auch Arbeitsplätze zu schaffen. Dies gilt gerade dann, wenn man im Blick auf die technische Entwicklung von einer weiteren Prozeßinnovation ausgeht und eine grundlegende Revision des Automatisierungs- und Rationalisierungsprozesses weder für wünschenswert noch für möglich hält. Dies bedeutet im Klartext: Es wird auch in Zukunft immer weniger menschliche Arbeitskraft für die Herstellung einer bestimmten Menge von Gütern (und teilweise

auch von Dienstleistungen) bedürfen. Wenn dies nicht in Arbeitslosigkeit münden soll, so kann dem nur durch stetige Verkürzung der Arbeitszeit begegnet werden. Damit käme auch der technische Wandel zu seinem sozialen Sinn, indem er nämlich die Erwerbsarbeit mit „Zwangscharakter“ zu der Nebensache macht, die sie eigentlich sein müßte. Allerdings kann der Weg dahin meines Erachtens nicht über steigende Arbeitslosigkeit und staatliche Bezahlung der Arbeitslosen in Form eines Grundeinkommens für alle führen. Dazu ist auch Erwerbsarbeit nicht nur einfach der Zugang zu Einkommen, sondern auch der Zugang zu Selbstverwirklichung und sozialer Teilhabe. Darum kann nur auf der Grundlage eines Grundrechts auf Arbeit und Einkommen für alle auch ein wirklich freiwilliger Teilverzicht auf Arbeit (und Einkommen) praktiziert werden.

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik haben jetzt den Schritt von der 40- zur 37-Stunden-Woche hin erkämpft. Allein die 1984 durchgesetzte 38,5-Stunden-Woche hat in der Metallverarbeitung der Bundesrepublik Deutschland über hunderttausend Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Der Schritt zur 37-Stunden-Woche wird weitere hunderttausend Arbeitsplätze erhalten und neu schaffen können. Gleichzeitig wurde bzw. wird mit diesen Schritten eine europaweite Welle weiterer Arbeitszeitverkürzung ausgelöst, die 1984 mit der raschen Verwirklichung der 38-Stunden-Woche in der österreichischen Druckindustrie begonnen hat. Aber auch in Japan wird unter anderem auf diesem Hintergrund heute von den Gewerkschaften und vom Staat stärker auf Arbeitszeitverkürzung hingearbeitet als je zuvor. Diese Strategie der Arbeitszeitverkürzung, die die Gewerkschaften gegen den zumindest zunächst erbitterten Widerstand der Arbeitgeberseite und auch konservativer Politik durchkämpfen mußten, war der wirksamste tarifpolitische Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Er ist übrigens auch Ausdruck praktizierter Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit den Arbeitslosen. Denn diese Arbeitszeitverkürzung ist auch zu Lasten sonst möglicher höherer Einkommenssteigerungen für die Beschäftigten selbst durchgesetzt worden. Die Frage, worin daher eigentlich der solidarische Beitrag der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit läge, zielt daher ins Leere. Denn auch Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, woran wir unbedingt festhalten, bedeutet natürlich nicht, daß nicht ein Teil sonst möglicher Lohn- und Gehaltserhöhungen für kürzere Arbeitszeit eingesetzt wird. In die

Ausdruck der  
Solidarität mit  
den Arbeitslosen

gleiche Richtung zielen auch die von den Gewerkschaften geforderte tarifliche Begrenzung der Mehrarbeit (Überstunden) und die Verwirklichung des Freizeitausgleichs für Mehrarbeit anstelle von zusätzlicher Bezahlung ab der ersten Stunde zumindest auf freiwilliger Basis. Auch auf diesem Weg sind wir ein gutes Stück voran gekommen, was natürlich ebenfalls Einkommensminderungen bedeutet.

Stetige Arbeitszeitverkürzung ist daher ein strategischer Dreh- und Angelpunkt bei der Überwindung der Arbeitslosengesellschaft und der Entfaltung einer demokratischen Arbeitsgesellschaft auch für die Zukunft.

Weitere Arbeitszeitverkürzung bleibt daher auf der Tagesordnung gewerkschaftlicher Politik, der Weg zur 30-Stunden-Woche und zum 6-Stunden-Tag wird durch die technische Entwicklung möglich und durch die soziale Entwicklung bis etwa zur Jahrtausendwende wohl notwendig werden.

### c) Soziale Steuerung des Produktivitätsprozesses

Das dritte Element gewerkschaftlicher Strategie bezieht sich schließlich auf den Prozeß der Arbeit, auf die Gestaltung von Arbeit und Technik selbst. Arbeit und Technik sind gestaltbar und nicht zwangsläufiges Ergebnis angeblicher Sachgesetzmäßigkeiten. Gerade die weltweite Diskussion über „neue Produktionskonzepte“, das Ende der Arbeitsteilung und die Requalifikation der Arbeit machen deutlich, daß es hier nicht um technische Sachgesetzmäßigkeiten, sondern um die Durchsetzung unterschiedlicher politischer und sozialer Interessen geht. Soziale Steuerung des Produktionsprozesses bedeutet dann eben nicht nur betriebswirtschaftliche, sondern auch humane Optimierung der Technikentwicklung und des Technikeinsatzes in den Betrieben.

Es geht darum, die technisch mögliche Produktivitätssteigerung in einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in einer „Entdichtung“ der Arbeitszeit und in mehr Zeit für Qualifikation und Mitbestimmung der arbeitenden Menschen wirksam werden zu lassen.

Wir brauchen bei ständig stärker automatisierten Produktionsprozessen die Festlegung von Leistungsobergrenzen unter humanen und sozialen Bedingungen, die von jedem Menschen auf die Dauer seines Arbeitslebens ohne gesundheitliche Schädigung und unter zumutbaren Bedingungen erbracht werden können. Je weniger informelle Pausen durch die Durchrationalisierung des Arbeitsalltages möglich sind, je stärker ständige Überwachungs- und Kontrolltätigkeit, Mehrmaschinenbedienung und Mehrstellenarbeit fortwährend Aufmerksamkeit und Konzentration der Beschäftigten erfordert, desto

wichtiger ist es, daß Pausen während des Arbeitsalltags zur individuellen Entlastung und zur sozialen Kommunikation festgelegt und vereinbart werden. Und wir wollen schließlich mehr Zeit im Arbeitsprozeß für die Mitbestimmung der Beschäftigten in ihrem unmittelbaren Arbeitsumfeld, in ihrem unmittelbaren Arbeitsalltag und für mehr Qualifikation angesichts des ständigen Wandels von Technik und Arbeitsorganisation ermöglichen.

#### Mehr humane Qualität der Arbeit

Diese Forderungen verbessern nicht nur die humane Qualität der Arbeit selbst, sondern sind als andere Verwendung des Produktivitätsfortschrittes, als soziale Steuerung des Produktivitätsfortschrittes auch beschäftigungswirksam. Darum sind sie eben gleichzeitig eine Strategie zur Verbesserung der Qualität der Arbeit als auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durchbrüche in dieser Richtung zu erzielen, wird in den nächsten Jahren einen größeren Stellenwert in der praktischen gewerkschaftlichen Politik einnehmen müssen als in der Vergangenheit. Allerdings werden gegen gewerkschaftliche Forderungen, die hier über den Rahmen unternehmerischer Modernisierungsstrategie hinausgehen, also gegen verbindliche Mitbestimmungs- und Qualifikationskonzepte per Tarifvertrag, noch größere Widerstände des Kapitals mobilisiert als zum Beispiel gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit.

#### 4. Gemeinsames Bemühen um Bewältigung der Arbeitslosigkeit

Die genannten Punkte sind die Elemente einer gewerkschaftlichen Strategie zur Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit und damit die eine Seite der Solidarität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften mit den Arbeitslosen. Die andere Seite zielt auf den direkten Umgang mit den Arbeitslosen selbst. Hier sind vor allem drei Punkte zu nennen, die in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt gewerkschaftlichen Interesses gerückt sind:

#### Die materielle Sicherung der Arbeitslosen

Im Rahmen der konservativen Politik fortgesetzten Sozialabbaus waren neben Rentnern und Kranken gerade auch die Arbeitslosen Opfer der materiellen Verschlechterungen. Nicht nur, daß durch die durchschnittliche Verlängerung der Arbeitslosigkeit immer mehr Arbeitslose aus der Bezahlung von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe herausfallen und auf die Sozialhilfe (Fürsorge) angewiesen sind. Die materiellen Leistungen für Arbeitslose wurden fortschreitend gekürzt, die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung (z. B. Wartezeiten) wurden verschärft. So tritt der paradoxe Zustand ein, daß für mehr Arbeitslose teilweise weniger Arbeitslosenunterstützung aufgewandt wird. Die Gewerkschaften haben sich diesen Einschränkungen

gen, diesen Einschnitten in das soziale Netz mit Vehemenz zur Wehr gesetzt und haben durch ihre fortgesetzten Protest- und Mobilisierungsaktionen in der Bundesrepublik Deutschland zumindest Schlimmeres verhindert, zum Teil (z. B. bei Langzeitarbeitslosen) die Rücknahme schon durchgesetzter staatlicher Maßnahmen erreicht.

Für uns gilt nach wie vor, daß die materielle Sicherung der Arbeitslosen zu den Grundelementen eines Sozialstaates gehört und nicht den Schwankungen der konjunkturellen Entwicklung unterworfen werden kann. Unsere Gesellschaft (und praktisch die meisten Industriegesellschaften Westeuropas) sind reich genug, um eine angemessene Versorgung der Arbeitslosen gewährleisten zu können.

### Integration der Arbeitslosen

Von ständig größerer Bedeutung wurde in den letzten Jahren die praktische Integration der Arbeitslosen in die Gewerkschaftsarbeit. Hier mußten die Gewerkschaften selbst Lernprozesse durchmachen und neue Erfahrungen sammeln. Denn nach fast drei Jahrzehnten andauernder Vollbeschäftigung gehörte der Umgang mit Arbeitslosen natürlich nicht zum gewerkschaftlichen Alltagswissen. Hinzu kam, daß zunächst auch Organisationsarbeit mit Arbeitslosen unterschwellig gleichgesetzt wurde mit der Akzeptanz der Arbeitslosigkeit als Dauerzustand. Auf der praktischen Ebene war erst die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen und zu überwinden, daß Arbeitslose nicht einfach an dem selbstverständlichen und gewohnten Ort gewerkschaftlicher Arbeit, nämlich im Betrieb und über den Betrieb (bzw. die Verwaltung), angesprochen werden können. Heute gibt es sehr viele wichtige Beispiele, wie gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit funktioniert. Das bedeutet zum einen, daß in betroffenen gewerkschaftlichen Organisationsgliederungen Arbeitslose mit ihrer Arbeit selbst einen festen Platz haben, zum anderen die Arbeitslosen die gewerkschaftlichen Zielsetzungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, z. B. gerade in den Tarifauseinandersetzungen um Arbeitszeitverkürzung, aktiv unterstützt haben und weiter unterstützen.

### Organisation der Arbeitslosen

Damit ist schließlich auch die unproduktive Gegenüberstellung zwischen Selbstorganisation der Arbeitslosen einerseits und Integration der Arbeitslosen andererseits meines Erachtens in der Praxis zumindest in Ansätzen überwunden worden. Ihre bewußte und aktive Integration in gewerkschaftliche Alltagsarbeit bedeutet auch eine Hilfe und einen Beitrag zu ihrer (Selbst-)Organisation. Hier liegt auch ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit der Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit mit z. B. kirchlichen Initiativen auf diesem

Feld. Es hat sich herausgestellt, daß gerade kirchliche Aktivitäten, vor allem im Bereich der evangelischen Kirche, in den letzten Jahren eine ganz wichtige Vorreiterrolle auf dem Gebiet der Arbeitslosenorganisation und -betreuung ausgeübt haben.

Wir können nur hoffen, daß für die Zukunft noch immer vorhandene Spannungen zwischen Integration und Selbstorganisation als gegensätzlich politisch-strategischen Konzepten der Arbeitslosenarbeit weiterhin durch die richtige Praxis integrierter Organisationsarbeit überwunden werden. So wenig wir von einer „Arbeitslosen-Gesellschaft“ halten, so wenig halten wir auch von einer „Arbeitslosen-Gewerkschaft“. Dies würde in der grundsätzlichen Programmatik verkennen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit nur von starken Gewerkschaften und den mit ihnen solidarischen Gruppen und Kräften bekämpft werden können, und in der alltäglichen Praxis dazu führen, daß Arbeitslose erst recht ausgegrenzt werden. Beides gilt es mit Nachdruck zu vermeiden.

Für die Gewerkschaften bleibt die Massenarbeitslosigkeit der herausragende soziale Skandal und die zentrale politische Herausforderung im Feld der inneren Politik. Für uns geht es nach wie vor darum, Vollbeschäftigung und ein Grundrecht auf Arbeit für alle durchzusetzen. So wie unsere Gesellschaft erreicht hat, Schulpflicht und Schulrecht für alle zu organisieren und gesellschaftlich zu verwirklichen, so muß es auch aufgeklärten und fortgeschrittenen demokratischen und sozialen Gesellschaften möglich sein, ein Recht auf Arbeit für alle in der Praxis einzulösen. Diese Zielsetzung als programmatische Solidarität mit Arbeitslosen ist und bleibt die eine Seite. Die praktische Verbesserung des Umgangs und die Einbeziehung von Arbeitslosen in die Alltagsarbeit ist die andere Seite gewerkschaftlicher Sicht des Arbeitslosenproblems.